



Dr. Susanna Kahlefeld

- Geboren 1964 in Wuppertal
- Promotion in Philosophie an der FU Berlin
- BVV Neukölln 2000-2008
- Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Flucht seit 2008
- Arbeit im Bildungsbereich: Lehraufträge, Vorträge, Deutschunterricht für Frauen, Berufstätige, Aussiedler_innen, Analphabet_innen etc..

In meiner Arbeit merke ich jeden Tag: Aufstieg und Integration durch Bildung und Arbeit sind in Deutschland generell und in Berlin besonders schwer. Viele Migrant_innen müssen weit unter ihrer Qualifikation arbeiten, viele scheitern an unserem Bildungssystem und seit Jahren wandern gut qualifizierte Migrant_innen ab.

Die „Weltoffenheit“ des Berliner Senats steht nur auf dem Papier. Das zu ändern – dafür setze ich mich ein.

Bestimmen Sie mit!

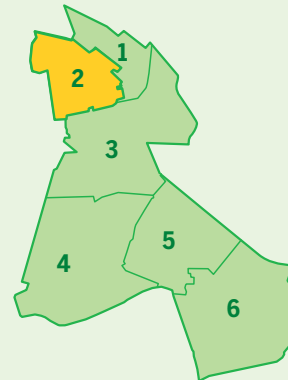
Am 18. September 2011 finden die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt.

Sie haben drei Stimmen:

- die erste Stimme für die Direktkandidatin Susanna Kahlefeld
- die zweite Stimme für eine starke grüne Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und einen Senat mit Renate Künast als Regierende Bürgermeisterin
- die dritte Stimme für eine starke grüne Fraktion in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Wichtig! Auf Bezirksebene dürfen Jugendliche schon ab 16 Jahren sowie hier lebende EU-Bürger_innen an der Wahl teilnehmen!

Wahlkreis 2



Kontakt:

Dr. Susanna Kahlefeld
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Berthelsdorfer Str. 9
12043 Berlin

Mail: susanna.kahlefeld@gruene-neukoelln.de
www.gruene-neukoelln.de



**IHRE DIREKTKANDIDATIN
IM WAHLKREIS 2**

DR. SUSANNA KAHLEFELD



Integration ...?

...bedeutet für mich:

die gleichberechtigte Teilhabe aller, der Neu- und der Altberliner_innen, in allen gesellschaftlichen Bereichen: Bildung, Arbeit, politische Mitbestimmung.

Ich kenne die Probleme vor Ort und die vielen Hindernisse, die Migrant_innen aus den unterschiedlichen Ländern im Weg stehen. Ich werde mich dafür einsetzen, Integrationshindernisse zu beseitigen, ich will, dass wir die Stadt mit Neu- und Altberliner_innen gemeinsam gestalten und gemeinsam Verantwortung für die Zukunft der Stadt übernehmen.

Am schlimmsten ist es im Bereich der Bildung: 39% der in Berlin lebenden Migrant_innen haben einen Hochschulabschluss, damit liegen sie über der Quote der Einheimischen. Ihre Kinder aber, statistisch gesprochen die „Schulabgänger_innen mit Migrationshintergrund“, erreichen in Berlin zu 50% nicht einmal einen Schulabschluss.

Da muss etwas passieren!

Was ich erreichen will:

Bildung und Arbeit

Statt soziale Probleme zu ethnisieren, gehen wir die Probleme an, die den sozialen Aufstieg blockieren und Chancengleichheit verhindern:

- Wir wollen ein Anerkennungszentrum für ausländische Abschlüsse, das Unterstützung bietet bei den komplizierten Anerkennungsverfahren.
- Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Anschlussqualifikationen schaffen: Wer mit Abschlüssen und Qualifikationen kommt, muss hier nicht alles neu lernen.
- Anonymisierte Bewerbungen sollen zumindest bei öffentlichen Stellen und bei Unternehmen mit Landesbeteiligung Standard werden.
- Wir wollen die Abwanderung von qualifizierten Menschen stoppen, die nach ihren Abschlüssen Deutschland verlassen: Unter anderem dazu ist es dringend nötig, die Antidiskriminierungsstelle des Landes zu stärken.

Partizipation:

- Wir haben eine Initiative zur Änderung der Berliner Verfassung gestartet, um auf Bezirksebene ein Wahlrecht auch ohne deutschen Pass zu ermöglichen.
- Wir wollen Diversity-Beauftragte in allen Verwaltungen und öffentlichen Unternehmen.

- Die Ausländerbehörde soll kundenfreundlicher werden und Aussenstellen bekommen, so dass auch Ausländer_innen wohnortnah ihre Belange regeln können.

Eine humanitäre Asyl- und Flüchtlingspolitik

- Wir wollen ein reguläres, standardisiertes Programm zur Neuansiedlung von Flüchtlingen – Schutzbedürftige, die sich in ausweglosen Situationen befinden, sollen in Berlin eine neue Heimat finden und eine Lebensperspektive erhalten.
- Wir wollen das Recht auf Schulbesuch für alle Kinder unabhängig vom Aufenthaltsstatus und ein Konzept zur gesundheitlichen Versorgung für Illegalisierte.

